

„Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“



Rundbrief, August 2006

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen des Projekts „Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“ (2006/07) des Eine Welt Netzwerks Bayern e.V. hier der neue Rundbrief.

Inhalt	Seite
Projektinformationen / Vorstellung	1
Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung	2
Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen	3
Hintergrund	4
UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“	8

Projektinformationen / Vorstellung

Inhaltlicher Schwerpunkt des Eine Welt Netzwerks Bayern e.V. in den Jahren 2006 / 2007 ist das Projekt „Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“. Das Projekt besteht hauptsächlich aus bayernweiten Runden Tischen zu den Themenfeldern „Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“ und „Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung“. Mit für den jeweiligen Themenkomplex relevanten Akteuren soll ein Dialog über Sozial- und Umweltstandards auf den Weg gebracht und dokumentiert werden. Das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. hat dazu in der Vergangenheit bereits mehrere größere Tagungen u.a. mit multinationalen Unternehmen (z.B. Allianz, BMW, Puma, Siemens) durchgeführt und auch Publikationen zum Thema herausgegeben (siehe zuletzt „Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen: Chancen und Grenzen; erhältlich bei der Bay. Landeszentrale für politische Bildungsarbeit; www.politische-bildung-bayern.de).

Die ersten beiden Runden Tische finden am 16.10.2006 und 17.11.2006 jeweils in München statt. „Kommunen und Eine Welt – Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung“ lautet der Titel der bayernweiten Fachtung am 16.10. im Münchner Rathaus zusammen mit der Stadt München und in Kooperation mit dem Bay. Städtetag (siehe unten). Der „Runde Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“ findet - zusammen mit dem Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie München - am 17.11.2006 statt (siehe unten).

Das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. (www.eineweltnetzbayern.de) ist das bayerische Landesnetzwerk entwicklungspolitischer Gruppen / Einrichtungen, Weltläden und lokaler Eine-Welt-Foren. Es ist u.a. Träger der bay. Landeskampagne zum Fairen Handel „Fair Handeln Bayern“ (www.fairhandeln-bayern.de), des Partnerschaftsportals Bayern-EineWelt (www.bayern-einewelt.de) und Herausgeber zahlreicher Publikationen (z.B. Handbuch „Entwicklungspolitik in Bayern“, 32004 oder „Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“). Auf Bundesebene ist das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (Agl).

Die derzeit 59 Mitgliedsgruppen des Eine Welt Netzwerks Bayern e.V. (die wiederum jeweils bis zu 55 eigene Mitgliedsgruppen vertreten) wollen mehr Menschen dafür gewinnen, ihr Denken und Handeln an der Verantwortung für die Eine Welt zu orientieren. Sie informieren über Ursachen und Hintergründe globaler Probleme. Durch Informations- und Bildungsveranstaltungen, Aktionen, Kampagnen und Lobby-Arbeit stellen die Mitglieder des Eine Welt Netzwerks unserer Gesellschaft immer wieder die Frage nach der Zukunftsfähigkeit unserer Lebensweise. Sie entwickeln konkrete Handlungsmöglichkeiten als erste Schritte in diese Richtung. Darum beteiligen sie sich z.B. an der Lokalen Agenda 21 oder der Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in Bayern (www.dekade-bayern.de) und setzen sich für eine gerechte Globalisierung ein.

Das Projekt „Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“ wird gefördert von:
InWEnt aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
und von der Bayerischen Staatskanzlei.

Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung

Kommunen und Eine Welt Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung

16.10.2006, 11.00 – 16.00 Uhr
Rathaus München

Das Fachgespräch am 16. Oktober 2006 wird veranstaltet zusammen mit der Landeshauptstadt München / Bürgermeister Hep Monatzeder und in Kooperation mit dem Bay. Städtetag. Es richtet sich an PolitikerInnen, EntscheidungsträgerInnen und Verwaltungsangestellte in Kommunen sowie an MitarbeiterInnen von Nichtregierungsorganisationen.

Jahr für Jahr erteilen Bund, Länder und Kommunen Aufträge in Höhe von ca. 250 Mrd. Euro. Das entspricht mehr als 10 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Im Jahr 2003 entfielen 50 Prozent davon auf die Kommunen, was diese zum bedeutendsten öffentlichen Auftraggeber macht.

Ob für Güter, Dienstleistungen oder Bauaufträge, Kommunen geben gewaltige Summen aus, um ihre Verwaltungsaufgaben zu erfüllen und Leistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger zu erbringen. Als Großverbraucher können Sie ihre gewichtige Marktstellung zu einer Umorientierung von

Konsummustern nutzen und als verantwortungsbewusste Verbraucher agieren, die soziale, ökologische und ethische Anliegen in öffentliche Ausschreibungen integrieren. In vielen Kommunen nehmen Aspekte der Nachhaltigkeit in der Beschaffung bereits einen hohen Stellenwert ein. Diese Vorreiter fungieren als Vorbild für Bürger und andere öffentliche Auftraggeber.

Als erste Kommune in Deutschland, die einen Beschluss gegen ausbeuterische Kinderarbeit gefasst hat, lädt die Landeshauptstadt München, Büro Bürgermeister Monatzeder, zusammen mit dem Eine Welt Netzwerk Bayern e.V., dem bayerischen Landesnetzwerk entwicklungspolitischer Institutionen, in Kooperation mit dem Bayerischen Städtetag zu einem Runden Tisch in das Münchner Rathaus ein.

Die Veranstaltung „Kommunen und Eine Welt – Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung“ zeigt gute Beispiele der kommunalen Beschaffung auf und regt zur Nachahmung an. Im Dialog mit PolitikerInnen, Verwaltungsangestellten und Nichtregierungsorganisationen soll darüber informiert werden, wie unter den aktuellen Rahmenbedingungen auf europäischer und nationaler Ebene die Integration von Sozial- und Umweltstandards in öffentliche Ausschreibungen gestaltet werden kann. Neben Beiträgen aus der Praxis steht die Diskussion zwischen den TeilnehmerInnen im Vordergrund. Probleme bei der praktischen Umsetzung der nachhaltigen Beschaffung sowie die Identifikation von weiterem Handlungsbedarf sind dabei zentrale Themen.

U.a. mit Staatsminister Eberhard Sinner MdL, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Hep Monatzeder, Dritter Bürgermeister der Landeshauptstadt München u.v.a. – Details zum Programm siehe unter www.eineweltnetzbayern.de/fachtagung. Anmeldung bis spätestens 6.10.2006 beim Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. oder online unter www.eineweltnetzbayern.de/fachtagung.

Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen

Runder Tisch Bayern Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen

17.11.2006 (14.00 – ca. 18.30 Uhr), München
Hochschule für Philosophie (Kaulbachstr. 33)

Das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. lädt in Kooperation mit dem Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie und mit freundlicher Unterstützung u.a. vom DGB-Bildungswerk Bayern, dem Kirchlichen Entwicklungsdienst der Ev.-Luth. Kirche in Bayern (KED) und dem Landeskomitee der Katholiken in Bayern am 17.11.2006 in die Hochschule für Philosophie in München zum bayernweiten „Runden Tisch: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“ ein.

Der „Runde Tisch Bayern – Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“ möchte u.a. mit Vertretern von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Ministerien, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen Entwicklungen der Globalisierung erörtern und damit verbundene Probleme aus den unterschiedlichen Perspektiven der Beteiligten analysieren. Auf dieser Grundlage sollen Anforderungen und Ideen für eine Beachtung und Umsetzung von Sozial- und Umweltstandards formuliert werden.

Teilnehmen werden u.a. BMW, DGB-Bildungswerk Bayern, GTZ, HypoVereinsbank und Misereor. Die Veranstaltung wird moderiert werden von Herrn Martin Reim (Süddeutsche Zeitung). Infos zum Programm ab Ende September unter www.eineweltnetzbayern.de/veranstaltungen -> 17.11.2006.

50 Kommunen haben bereits Stadtratsbeschluss gegen ausbeuterische Kinderarbeit gefasst

Wenigstens 50 Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Deutschland wollen keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit einkaufen. „Damit zeigen die öffentlichen Auftraggeber, dass sie über den eigenen Tellerrand schauen und globale Aspekte verantwortlich in ihr lokales Handeln einbeziehen“ freut sich Bernhard Henselmann, Geschäftsführer des Vereins EarthLink und Initiator der bundesweiten Informationskampagne „Aktiv gegen Kinderarbeit“. Weitere Informationen siehe unter www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de.

Herrsching: Keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit

Auch die Gemeinde Herrsching hat einen Beschluss „Keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit“ gefasst. Hier ein Beispiel für eine Umsetzung innerhalb der Kommune / Gemeinde. Dazu wird aus einem Informationsblatt (Ende 2005) der Gemeinde Herrsching für alle Mitarbeiter und Institutionen zitiert:

Die Gemeinde Herrsching hat in der Sitzung vom 19.09.2005 beschlossen, dass im Rahmen ihres Beschaffungswesens keine Produkte mehr gekauft werden, die mit ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt wurden. Betroffen sind folgende Produkte, sofern sie in Asien, Afrika oder Lateinamerika teilweise oder vollständig hergestellt oder erzeugt wurden.

- o Sportartikel (Bälle, Kleidung) und Spielwaren
- o Teppiche, Wohn- und Kleidungstextilien, Lederwaren
- o Blumen
- o Natursteine (Grabsteine), Pflastersteine, Diamanten
- o Produkte aus Holz
- o Agrarprodukte wie Kakao, Orangensaft, Südfrüchte, Tee, Kaffee
- o Fischereiprodukte wie Shrimps und Garnelen
- o Feuerwerkskörper, Zündhölzer
- o Elektronische Bauteile oder Produkte

Aufträge zur Beschaffung sind deshalb ab 18. April 2006 nur noch mit folgender Maßgabe auszuschreiben: „Berücksichtigung finden nur Produkte, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit hergestellt sind, bzw. Produkte, deren Hersteller oder Verkäufer aktive und zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der Kinderarbeit eingeleitet haben.“

Bei Produkten, die in Asien, Afrika oder Lateinamerika hergestellt oder verarbeitet worden sind, ist dies durch Zertifizierung einer unabhängigen Organisation oder eine entsprechende Selbstverpflichtung nachzuweisen.“ Sollen Produkte eingekauft werden, die aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammen könnten, ist ebenfalls ein Zertifikat bzw. eine Selbstverpflichtung vom Verkäufer zu verlangen, mit der er nachweist, dass das Produkt ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurde.

Zur Überprüfung der Produkte bei Vergabe und Einkauf:

Produkte mit einem anerkannten Siegel oder von anerkannten Importorganisationen des fairen Handels werden nachweislich ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt. Zur Zeit sind dies folgende Siegel bzw.

Organisationen:

- o TransFair-Siegel (z.B. bei Orangensaft, Tee, Kakao, Kaffee)
 - o FLP-Siegel (Blumen)
 - o Rugmark-Siegel (Teppiche)
 - o XertifiX-Siegel (Grabsteine)
 - o die Organisationen gepa, El Puente, Dritte-Welt-Partner-Ravensburg
- Für diese Produkte sind keine weiteren Nachweise erforderlich.

Bei Produkten ohne ein entsprechendes Siegel oder von anderen Importeuren, müssen die anbietenden Firmen einen Verhaltenskodex, eine Sozialklausel oder sonstige Selbstverpflichtung vorlegen, worin entweder bestätigt wird,

o dass weder sie noch ihre Zulieferfirmen die Produkte mittels ausbeuterischer Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 hergestellt und / oder bearbeitet haben
oder

o dass das Unternehmen für das angebotene Produkt aktive und zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit betreibt (z.B. wirksame Kontrollmechanismen für Zulieferbetriebe erarbeitet, Maßnahmen zur Rehabilitation oder sozialen Eingliederung der betroffenen Kinder durchführt oder Maßnahmen trifft, um die Einkommenssituation der Familien zu verbessern). Die Selbstverpflichtungserklärung ist als Vertragsbestandteil in die Auftragsvergabe aufzunehmen bzw. muss von dem jeweiligen Handelspartner beim Einkauf vorliegen. [...]

Uns allen ist klar, dass wir durch diese Maßnahmen nicht ab April 2006 nur noch Produkte beschaffen oder einkaufen werden, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt oder bearbeitet wurden. Aus der Erfahrung anderer Städte und Gemeinden ist aber bekannt, dass viele Firmen und Händler dem Thema aufgeschlossen gegenüber stehen und bereit sind, gegen ausbeuterische Kinderarbeit vorzugehen. In diesem ersten Schritt geht es deshalb darum die Wirtschaft auf das Thema aufmerksam zu machen und die Kräfte in der Wirtschaft zu stärken, die sich auf Maßnahmen gegen ausbeuterische Kinderarbeit einlassen. [...]

München will Biostadt werden

Süddeutsche Zeitung vom 20. Juli 2006: „München will ‚Biostadt‘ werden. Ökologisches Essen in Kindergärten und Gastronomie“

"Gesundes Essen soll keine Ausnahme mehr bleiben, sondern zur Regel werden. Der Stadtrat wird heute das Projekt 'Biostadt München' beschließen, das unter Federführung des Referats für Umwelt und Gesundheit zunächst drei Jahre lang laufen wird. Ziel ist es, den Anteil der ökologischen Lebensmittel, möglichst aus dem heimischen Raum, in städtischen Einrichtungen und Gasthäusern zu erhöhen. Verwendete internationale Waren sollen möglichst aus 'fairem Handel' stammen.

Den Antrag, München zur 'Biostadt' zu machen, hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen-Rosa Liste gestellt. München gehört bundesweit zu den Städten mit der größten Nachfrage nach Bioprodukten', erklärt die Stadträtin der Bündnisgrünen, Sabine Krieger. 'Diesen Weg wollen wir mit dem Beschluss zur 'Biostadt München' konsequent weitergehen.' Intensive Beratungen durch das Referat für Umwelt und Gesundheit sollen städtische Einrichtungen unterstützen, ihr Angebot auf mindestens zehn Prozent ökologische Lebensmittel zu steigern. Bei städtischen Empfängen sollen sogar bis zu 50 Prozent biologische Speisen angeboten werden. Das Umweltreferat wird auch Schulen und Kindertagesstätten verstärkt Angebote machen, um diese für den vermehrten Einsatz ökologischer Lebensmittel zu gewinnen. So können bei dem von der Stadt und Tollwood gesarteten Projekt 'Bio für Kinder' Paten zeitweise die Mehrkosten für Bioverpflegung übernehmen.

Doch nicht nur die städtischen Einrichtungen, sondern auch die Gastronomie soll biofreundlicher werden. Einer der Vorreiter ist der Ratskeller. 'Wir haben vor acht Wochen die Biozertifizierung erhalten', freut sich Wirt Peter Wieser. 'Das ist gar nicht so einfach. So muss etwa die Lagerung der Bioartikel stimmen, und es muss eine klare Abgrenzung in der Küche zwischen Bio- und herkömmlichen Speisen herrschen. Und wenn das Himalaya-Salz alle ist, kann ich nicht mehr biologisch kochen. Alles muss stimmen.' So lange das Salz jedoch nicht alle ist, gibt es nun im Ratskeller biologische Pasta Bolognese, Risotto, Ravioli, Lachsfilet und Saiblingsfilet, ja sogar marinierte Erdbeeren. 'Wir garantieren für 100 Prozent Bio bei allen Bestandteilen unseres Angebots auf dieser Seite' steht auf der 'Bio-Karte'. Die 'Biostadt' möchte fördern, dass weitere Gastronomen die Zertifizierung erhalten, Verhandlungen mit den Innenstadtwirten wurden bereits aufgenommen.

Gründe für mehr gesundes Essen gibt es genug. So verzehre jeder Durchschnittsverbraucher in Deutschland pro Jahr mehr als 20 Kilo an Nahrungsmittelchemikalien, welche zur Verschönerung, Konservierung und Geschmacksveränderung des Essens eingesetzt werden, weiß Sabine Krieger. ‚Diese Stoffe können erwiesenermaßen das Funktionieren des Gehirns und damit das Lernen und die Aufmerksamkeit herabsetzen und verändern‘. Vor allem Schulen und Kindergärten sollen daher ‚bio‘ werden.“

München schmückt sich mit fairen Blumen

Aus einer Presseinformation der Landeshauptstadt München / Bürgermeister Hep Monatzeder vom 29. März 2006: München schmückt sich mit fairen Blumen

Dies kann die Stadtverwaltung Münchens nach dem gestrigen Stadtratsbeschluss nun guten Gewissens von sich behaupten. Denn durch diesen Stadtratsbeschluss werden die kommunalen Dienststellen verpflichtet, künftig nur noch Schnittblumen aus der Region einzukaufen oder solche, die unter sozial- und umweltverträglichen Bedingungen produziert wurden und mit einem Fair-Handels-Siegel zertifiziert sind.

Die Schnittblumen, die die Stadtverwaltung München für Veranstaltungen, für Gratulationen, für die städtische Floristik-Berufsschule und für Grabschmuck verwendet, stammen schon bisher überwiegend aus regionalem Anbau. Etwa die Hälfte des Bedarfs wächst in den eigenen Gärten des Gartenbauamtes, wo schon seit Jahren Umweltbelange groß geschrieben werden und beispielsweise auf chemische Pflanzenschutzmittel möglichst vollständig verzichtet wird. Zudem fallen hier natürlich lange, die Umwelt belastende Transportwege weg.

In den Wintermonaten werden allerdings Schnittblumen zugekauft. Diese kommen zum Teil aus europäischen Ländern oder Kanada, vielfach aber auch aus südlichen Ländern - vor allem bei Rosen, Schleierkraut, Rittersporn und Johanniskraut ist dies der Fall. Auf den Blumenfarmen in Afrika und Lateinamerika werden dabei Umweltschutz und Menschenrechte häufig missachtet. Die Beschäftigten werden oft ausgebeutet, insbesondere auch Frauen und Kinder. Umweltzerstörungen, aber auch massive Gesundheitsschäden oder Unfruchtbarkeit der Blumenarbeiterinnen sind die Folge von oftmals unkontrolliert eingesetzten Pestiziden. Besonders kritisch sind hierbei Rosen, da für deren Produktion massiv Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden, die bei uns längst verboten sind. Die Blumen sind oft so belastet, dass sie auch ein Risiko für die Käufer darstellen – in Reichweite von kleinen Kindern sollte man sie keinesfalls aufstellen.

Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen haben auf diese Missstände reagiert und Gütesiegel für Schnittblumen aus südlichen Ländern entwickelt. Die Siegel werden an Plantagen vergeben, die folgende Kriterien einhalten:

- existenzsichernde Löhne
- Gewerkschaftsfreiheit
- Gleichbehandlung
- Verbot von (ausbeuterischer) Kinder- und Zwangsarbeit
- Gesundheitsvorsorge für die Arbeiterinnen und Arbeiter
- Verbot hochgiftiger Pestizide
- verantwortungsvoller Umgang mit natürlichen Ressourcen.

Die Standards werden von unabhängigen Fachleuten vor Ort kontrolliert.

Zum einen ist hier das Gütesiegel „Blumen aus menschen- und umweltschonender Produktion“ zu nennen, zertifiziert durch das sogenannte „Flower Label Programm“ (FLP). Blumen mit dem Siegel des FLP werden über den Großhandel und über Blumenläden vertrieben (www.flower-label-program.org).

Seit September 2005 gibt es auch das Label „fairfleurs“, das von der Organisation TransFair eingeführt wurde. „fairfleurs“- Blumen werden über die Supermarktkette Kaisers / Tengelmann und regional (im Südwesten Deutschlands) auch bei bei Edeka abgesetzt (www.transfair.org).

Bürgermeister Hep Monatzeder: „Diese Stadtratsentscheidung freut mich sehr. Wenn wir künftig Blumen sprechen lassen, dann sprechen wir damit nicht nur eine Gratulation oder ein Dankeschön aus, sondern überreichen gleichzeitig ein Symbol unseres konsequenten Engagements für eine nachhaltige Entwicklung.“

Der Beschluss ist ein weiterer Schritt der Stadt München zur Umsetzung der Münchner Stadtratsziele für eine nachhaltige Entwicklung. Der Stadtrat hat sich mit diesen Zielen ja verpflichtet, verantwortlich mit den natürlichen Ressourcen umzugehen und dabei auch die Grundbedürfnisse und Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen in anderen Regionen weltweit zu berücksichtigen. Das Einkaufsverhalten der Stadtverwaltung München als Großverbraucherin ist in diesem Zusammenhang ein wichtiges Handlungsfeld. In den vergangenen Jahren sind hier schon einige wichtige Weichen gestellt worden:

Um den Fairen Handel zu befördern, wurden unter der Leitung von Bürgermeister Monatzeder mehrere Runde Tischen mit allen relevanten Akteuren der Stadtgesellschaft veranstaltet. Als Ergebnis davon gibt es fair gehandelten Kaffee nun

beispielsweise auch auf der Wiesn, auf den Münchner Dulten und Märkten, dem Messegelände und Olympiagelände. Ein eigener, ökologisch produzierter und fair gehandelter München-Café wurde auf den Markt gebracht.

Wegweisend war der Beschluss des Stadtrats vom Juni 2002, keine Produkte mehr aus ausbeuterischer Kinderarbeit einzukaufen. Seit Inkrafttreten der Regelung im Jahr 2003 müssen alle Firmen, die gefährdete Produkte anbieten, nachweisen oder mittels Selbstverpflichtung bestätigen, dass diese Produkte nicht aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammen. Dies war das erste Mal, dass eine deutsche Kommune ein Vergabekriterium zur Durchsetzung von Interessen der internationalen sozialen Gerechtigkeit eingesetzt hat. Bis dahin waren nur wirtschaftliche oder allenfalls noch ökologische Kriterien angewandt worden. Die Initiative wurde inzwischen von mehr als 50 deutschen Kommunen übernommen.

Bürgermeister Monatzeder: „Wir hoffen nun, dass auch unsere neue Maßnahme viele Nachahmer findet, sowohl bei den Münchner Bürgerinnen und Bürgern als auch bei anderen Großverbrauchern. Es spricht eigentlich alles dafür, künftig nur noch regional erzeugte Blumen oder solche mit einem Gütesiegel zu kaufen: Die Umwelt wird geschont, die Blumenarbeiterinnen haben faire und gesündere Arbeitsbedingungen, die Blumen sind nicht mit gefährlichen Pestiziden verseucht und sie sind nicht einmal teurer als herkömmlich gehandelte.“

Kirchliche Institutionen in Bayern gegen ausbeuterische Kinderarbeit

In einem gemeinsamen Papier haben sich das Landeskomitee der Katholiken in Bayern (Präsidiumsbeschluss vom 8.9.2003) und der Landessynodalausschuss der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (Beschluss vom 19.9.2003) gegen ausbeuterische Kinderarbeit ausgesprochen.

Um eine breite Öffentlichkeit zu gewinnen, sich für die Abschaffung ausbeuterischer Kinderarbeit einzusetzen, wenden sich Landeskomitee und Landessynodalausschuss gemeinsam mit einer Stellungnahme an alle relevanten politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen.

1. Nicht jede Kinderarbeit ist inhuman. Es geht deshalb nicht um eine Aufforderung zum Boykott der Kinderarbeit ganz generell und undifferenziert. Es geht um die Abschaffung der globalen ausbeuterischen Kinderarbeit. In Asien gibt es z.B. ein hundertfaches Millionenheer arbeitender Kinder unter 14 Jahren, die am Arbeitsplatz hemmungslos ausgebeutet und wie Sklaven gehalten werden. In Afrika werden Tausende von Kindersoldaten zum grausamen Kriegsdienst eingesetzt. Nach den Informationen des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) leiden weltweit etwa 180 Millionen Kinder an den schlimmsten Folgen der Kinderarbeit. Besonders augenfällig wird die Problematik am Beispiel der bei vielen Kommunen beliebten, weil billigen Steinpflaster aus Indien, die zum größten Teil von Kindern gebrochen und behauen werden. Nur mit einem neuen Problembewusstsein ist der Kampf gegen ausbeuterische Kinderarbeit erfolgreich zu führen.

2. Einzelne Modelle international tätiger Institutionen und Firmen verdienen Anerkennung. Sie versuchen, mit eigenen Konzepten die ausbeuterische Kinderarbeit zurückzudrängen. Beispielhaft seien genannt:

Das Nürnberger Bündnis „Fair Toys“ – die Bündnispartner unterwerfen sich einem Verhaltenskodex, um eine Beachtung der nationalen und internationalen Arbeitsgesetze bei der Spielwarenproduktion zu erreichen.

In der Landeshauptstadt München soll ein Stadtratsbeschluss verhindern, dass die Kommune Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit einkauft. [...]

Bestimmte Warenzeichen (wie das Rugmark-Siegel für Teppiche) garantieren zwischenzeitlich, dass Produkte ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt sind.

Die hilfreichen einzelnen Projekte – so lobenswert sie sind – reichen bei weitem nicht aus, die globale Verbreitung ausbeuterischer Kinderarbeit nachhaltig zu reduzieren.

Sie sind ein Anfang, der in die richtige Richtung weist.

3. Das Landeskomitee der Katholiken in Bayern und der Landessynodalausschuss der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern fordern alle politischen und gesellschaftlichen Gruppen auf, öffentlich gegen ausbeuterische Kinderarbeit zu protestieren und im Rahmen ihrer Möglichkeiten eigene Initiativen dagegen zu ergreifen oder an Maßnahmen zur Abschaffung mitzuwirken. Konkret müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass Unternehmen die Sozialstandards einhalten, wie sie weltweit von 100 Staaten in Artikel 3 der ILO-Konvention 182 von 1999 eingefordert wurden:

die Zahlung des gesetzlichen Mindestlohnes sowie grundlegende Standards der Arbeitssicherheit und des Umweltschutzes. Das Recht auf Schutz vor Ausbeutung wurde bereits in Artikel 32 der Kinderrechtskonvention von 1989 festgeschrieben. Es ist ein unerträglicher Skandal, wenn trotz dieser Vereinbarungen die Würde heranwachsender Kinder mit Füßen getreten wird.

UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Am 20. Dezember 2002 beschloss die Vollversammlung der Vereinten Nationen auf Empfehlung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg (2002), für die Jahre 2005 bis 2014 eine Weltdekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" auszurufen. Ihr Ziel ist es, durch Bildungsmaßnahmen zur Umsetzung der in Rio (1992) beschlossenen und in Johannesburg bekräftigten Agenda 21, Kapitel 36, beizutragen und die Prinzipien nachhaltiger Entwicklung weltweit in den nationalen Bildungssystemen zu verankern. Bildung für nachhaltige Entwicklung wird als Voraussetzung für eine weltweite Förderung nachhaltiger Entwicklung und als Querschnittsaufgabe des gesamten Bildungswesens gesehen. Aufgabe der Bildung für nachhaltige Entwicklung ist es, den Menschen die nötigen Kompetenzen und Einstellungen zu vermitteln, dass künftige Generationen eine lebenswerte Welt vorfinden.

Das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. begrüßt die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und fördert ihre Umsetzung in allen (Bildungs-)Bereichen - auf Landesebene und auf lokaler Ebene. Die vom Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. mitgetragenen Projekte „Forum Globales Lernen in Bayern“ und „AG bio-regional-fair“ wurden von der Jury des Nationalkomitees für die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ als offizielle Dekade-Projekte ausgezeichnet. Weitere Infos zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und ihrer Umsetzung in Bayern siehe unter (www.dekade-bayern.de). Sollten Sie (auch: Kommunen oder Unternehmen) Ihre Beiträge zur UN-Dekade (auch: noch nicht prämierte Beiträge) dort einstellen wollen, so genügt eine mail an info@eineweltnetzbayern.de.

**Der nächste Rundbrief
„Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“
erscheint Ende September 2006.
Beiträge an die Redaktion bitte an info@eineweltnetzbayern.de.**